

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Abstellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, durch die Post monatlich
8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark,
einschl. Zustellungsgebühren. Der
Bestellungen werden von allen Reichs-
poststellen angenommen. In
ämlich, Zeitungsverzeichnisse unter
Einschaltung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Hochpreis nur mit der
Einschaltung des "Einschlusses" ge-
halten. Preis der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133.

Landes-Zeitung

Anzeigenpreise:
Die 8 Spalten 34 mm breite Milli-
metertafel ober dem Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restanzeigen
die 22 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle in Halle
Anzeigen-Abteilung. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schiffahrt und Sonntags-
Geschäftsstellen: Halle, Neue Promen-
ade 18, Dr. Straußhaus, 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Kirchstraße 52 und Markt 2.
Verlagsgesellschaft Leipzig Nr. 228/25.

Der Stand der Ortsklassen- einteilung.

Von D. Delius, M. d. R.

Die Frage der endgültigen Ortsklasseneinteilung ist nicht nur für die gesamte Arbeitnehmerschaft einschneidend für die Beamten, sondern auch für Kriegsteilhaber, Zivildienst, Witwen und Waisen und nicht zuletzt für die gesamte Arbeiterschaft von großer Bedeutung. Es dürfte daher ermunternd sein, einen kurzgefassten Überblick über die bisherigen Maßnahmen in dieser Angelegenheit und über ihren gegenwärtigen Stand zu geben.

Ursprünglich gab es sechs Ortsklassen (Beleg von 1873). Sie waren gebildet auf Grund der Mietpreise, Steuern und Lebensmittelpreise wurden nur ganz n. b. n. in Betracht gezogen. 1903 wurde die sechste Klasse beseitigt. Der Wunsch der Beamten, für die zunächst allein die Ortsklassen Bedeutung hatten, weil nach ihnen der Wohnungszuschuß bemessen wurde, ging dahin, nicht nur die Mietpreise, sondern auch die sonstigen Steuerungs- und Steuerrechtsmittelpreise zu berücksichtigen. An Stelle des Wohnungszuschußes verlangte man sogenannte "Ortszulagen". Hierbei ist zu bemerken, daß die Lehrer den vollen Entzug für die Wohnung als "Wohnungsgeld" erhielten. Für die unterheirateten Lehrer war der Zuschuß gekürzt. 1908 fand eine Revision des Gesetzes von 1873 statt. Der Wunsch der Beamten blieb unberücksichtigt. Lediglich die Durchschnittspreise der Beamtenwohnungen (Dreizimmerwohnung für mittlere Beamte) galten als Maßstab. Auf Grund dieser Ermittlungen fand eine anderweitige Einteilung innerhalb der fünf Ortsklassen statt. Preußen regelte zunächst 1908 provisorisch die Angelegenheit, gab aber seine günstiger Gestaltung zugunsten der reichsgesetzlichen Regelung 1910 wieder preis.

Als man Anfang 1919 die während des Krieges eingeführten "Teuerungszulagen" bedeutend erhöhte, schuf man drei Teuerungsklassen: besonders teure, teure und weniger teure Orte. Nach diesem Schema wurden die Zulagen abgemittelt. Daneben bestanden die Wohnungszuschüsse für die Beamten und die Wohnungsgelder für die Lehrer nach den bisherigen fünf Ortsklassen weiter.

Erst die neue Wohnungsregelung (Wohnungsgeldgesetz, Mai 1920), machte dem unübersichtlichen Zustand ein Ende. Es wurden nun die "Ortszulagen" eingeführt, und zwar auf Grund der Ortsklasseneinteilung von 1908. Zugunsten der Beamten die Statistischen Kenner der Länder beauftragt, Ermittlungen für ein neues Ortsklassengebiet anzustellen, das ebenfalls fünf Ortsklassen vorzöge. Ein Antrag Delius - Kemmerich in Beauftragungsbescheid der Nationalversammlung verlangte drei Ortsklassen auf Grund der drei Teuerungszulagen. Er fand gegen Teuerungsnationale, Zentrum und Sozialdemokratie keine Annahme. Das war eine schwere Schädigung für die Beamten. Die Ermittlungen hielten sich auf Teuerungszahlen der notwendigen Lebensmittel (nicht der Gebrauchsgüter, wie Kleidung und Schuhe), der Mietpreise und der Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung. Alles übrige blieb außer Anschlag. Die Erhebungen haben nur für Gemeinden mit über zehntausend Einwohnern stattgefunden. Sie erstreckten sich auf die Monate Februar bis November 1920 und sind bis in die neueste Zeit fortgesetzt worden. Vorweg wurden eine Anzahl größerer Orte bereits im Dezember 1920 mit Wirkung vom 1. April 1921 in höhere Klassen eingereiht.

Zu Beginn dieses Jahres zeigte sich nun, daß die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen werden konnten und daß die Vorarbeiten für ein neues Ortsklassengebiet noch längere Zeit beanspruchen würden. Man entschloß sich deshalb zu einer "vorläufigen Regelung". Alle Orte, deren Höherstellung ungewiss ist, wurden entsprechend höher eingereiht. Es waren rund 7000 Orte mit Hunderttausenden von Beamten. Die vorläufige Regelung beruhte auf den Vorschlägen des Statistischen Reichsamtes. Der Reichstag hat sich auf eine Einzelberatung gar nicht eingelassen, sondern die im Reichsrat genau vorberatenen Vorschläge unverändert zum Gesetz erhoben. Neben den Teuerungsziffern wurden auch noch andere Bestimmtheiten berücksichtigt, wie die in Bade-, Kur-, Industriestritten usw.

Für die Orte unter 10.000 Einwohnern waren in erster Linie die gutachtlichen Berichte der politischen Behörden maßgebend. Ein Antrag Delius - Radnitski um Hauptauschluß des Reichstages fand Annahme, wonach die Einschätzung nach bestimmten Wirtschaftsgewebten vorzunehmen sei, weil das bisher beliebte Verfahren eine einwandfreie, gerechte Lösung unmöglich machte. Bei der provisorischen Regelung wurde teilweise bereits nach dem Antrag Delius - Radnitski verfahren. Seine weitere Anwendung bei der endgültigen Gesetzesgestaltung ist dringend geboten. Für die Einreichung sind vom Statistischen Reichsamt folgende Teuerungsbuchführungszahlen festgelegt worden: für A 892, B 810, C 712, D 638.

Durch Beschluß des Hauptauschusses wurde der auf do-

kratische Untergang ins Leben gerufen (23.) Ausschluß für Beamtenangelegenheiten mit der Vorbereitung des endgültigen Ortsklassengesetzes beauftragt. Er sprach sich zunächst grundsätzlich dafür aus, daß statt der fünf Ortsklassen nur drei zu bilden seien. Die Regierung erklärte sich dagegen. In der nächsten Sitzung gegen Vol. Sparie, Zentrum und Mehrheitssozialdemokratie ihre Unterstützung wieder zurück und gegen die Stimmen der Demokraten, Teuerungsnationalen und Unabhängigen wurden fünf Ortsklassen festgelegt. Man gab als Grund an, daß die Verabschiedung des Gesetzes bei drei Ortsklassen bis 1. Oktober nicht möglich sein werde; aber die Neueingelung auch bei fünf Ortsklassen scheint jetzt bis 1. Oktober nicht zuzukommen.

Die jetzt im Reichstatistischen Amte stattfindenden Verhandlungen haben nur informativem Charakter; es erfolgen dort keinerlei Zugaben und es werden keine Entscheidungen dort getroffen. Die einzelnen Orte brauchen also nicht zu befürchten, daß sie durch diese Verhandlungen bereits festgelegt seien. Niemand wird die Regierung auf Grund der Verhandlungen über ihren endgültigen Gehaltsvermerk dem 23. Ausschuß des Reichstages zu ausgiebiger Beratung vorlegen, der dann dem Hauptauschluß Bericht erstattet, welcher seinerseits den Gehaltsentwurf durchsprechen und an das Plenum des Reichstages zur Entscheidung weitergeben wird.

Gegenüber der herrschenden Beunruhigung kann nur immer wieder festgestellt werden, daß Entscheidungen erst später von den Ausschüssen und vom Volkrechtstag zu treffen sind.

Bayern und das Reich.

Die Vertreter der bayerischen Regierungsparteien sind erneut in Berlin eingetroffen. Nach einer kurzen Besprechung unter sich begannen die Verhandlungen in der Reichsstatistik. Die Erklärung der Deutschen demokratischen Partei in Bayern darf durchaus als eine Grundfrage für eine Verteidigung angesehen werden. Wenn von Seiten der bayerischen Regierung erklärt wird, daß die bayerischen Koalitionsparteien sich nicht in einem Gegensatz zum Kabinett befinden, so ist dagegen gewiß nichts zu sagen; denn die Verhandlungen in München haben schließlich zu einer gewissen Einigkeit unter allen Koalitionsparteien geführt. Es erhebt sich aber die Frage, wann in der Presse immer wieder der Kampf und die Gegenseite geführt werden. Es ist darum auch zweifelhaft, ob die Unterbrechung, die der bayerische Vertreter in Berlin dem Vertreter eines Berliner Blattes gewährt hat, wirklich dem allgemeinen Ziele der Berührung dient. Gerade die Männer in verantwortlicher Stellung müssen mit Ernst darauf bedacht sein, die Gegenseite nicht zu verschärfen, sondern zu überbrücken. Die Reichsregierung heißt durchaus auf dem Standpunkt, daß eine Einigung erzielt werden muß. Sie vertritt auch nach wie vor den Standpunkt, daß die untere Reichsversammlung nicht neben der Reichsregierung bestehen bleiben kann. Da aber die Handhabung der Reichsversammlung den Vätern in weitestem Umfange überlassen bleibt, wird bei einem guten Willen eine Verständigung nicht unmöglich sein.

Von der Völkerverbundtagung.

Die französische Presse meldet aus Genf: Die Einleitung zu dem Abrüstungsbericht des französischen Delegierten Adolphe Maurel wurde von dem Engländer Fisher, der sich über die allgemeinen Erwägungen in der Abrüstungstage aussprach, verurteilt. Die französische Abordnung protestiert gegen die Ausführungen dieses Berichtes, namentlich gegen die Behauptung, daß die Abrüstung Deutschlands in bester Weise durchzuführen sei. Fisher illustrierte ferner ein Programm für die Washingtoner Konferenz, als deren Hauptzweck er die Einschränkung der Seerüstungen bezeichnet. Viviani, Branting, Schanze, Polakowski, Jameson, Schaub und andere protestieren gegen diesen Bericht, indem sie die untere Reichsversammlung betonen. Der Bericht Fisher's glaubt zu wissen, daß Fisher sich bereit zeigt, Änderungen an seinem Bericht vorzunehmen.

Ein Präzedenzfall

Zu Beginn der Mittwochs-Vormittagssitzung der Völkerverbundtagung verlangte der Delegierte für Chile, Edwards, das Wort, um energisch gegen den Antrag der bolivianischen Delegation zu protestieren, daß Art. 19 des Paktes auf den Vertrag zwischen Bolivien und Chile vom Jahre 1904 Anwendung finden sollte. Der Artikel sieht vor, daß die Vermählung unerfüllbar gewordene Verträge, die den Vertriebenen gefährden, einer Neuprüfung unterliegen kann. Der chilenische Delegierte erklärte, daß keine Regierung sich der Einbeziehung des Antrages in die Tagesordnung der Völkerverbundtagung widersetze. Der Völkerverbund sei nicht zukünftig, und es würde durch ein derartiges Vorgehen ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen werden. Es bestehe kein Gefahr, daß man auch die Resolution der Friedenskonferenz annehmen könne. Die lebenswichtigen Ausführungen des chilenischen Delegierten wurden von der Versammlung ruhig aufgenommen. Daraus verteidigten die beiden bolivianischen Delegierten Armada und Canches in längerer Ausführungen den Standpunkt ihrer Regierung. Der Vertrag sei nicht, wie der chilenische Delegierte behauptete, auf gegenseitiger Übereinstimmung begründet, sondern durch Druck erfolgt. Der Vertrag sei undurchführbar und sei aus diesem Grund nicht durchgeführt worden. Bolivien solle jahrelang das Zielzweck der

Niederlage tragen und wende sich nun an den Völkerverbund, nicht um eine Wiedergutmachung zu erlangen, sondern um Gerechtigkeit zu fordern. Die Vermählung könne ihre Zuständigkeit nicht leugnen, wenn sie ihre eigene Exekutivbefugnis nicht aufgeben wolle. Bolivien verlange nur eine Prüfung, nämlich die, ob die Vermählung zukünftig sei oder nicht. Eine Kommission würde am besten eine Klärung der Angelegenheit herbeiführen.

Der chilenische Delegierte erwiderte darauf, daß die Argumente der Bolivianer nicht hinsichtlich genug seien, um eine Entgegung zu rechtfertigen. Er erklärte, daß eine Kommission nach der Geschäftsordnung zulässig sei, da bei solchen Fragen die Zustimmung in der Versammlung erfolgen müsse. Er sei aber mit jedem anderen Verfahren einverstanden, welches den Delegierten Gelegenheit geben könnte, sich einen Überblick zu verschaffen. Er protestierte dagegen, daß die Frage auf die endgültige Tagesordnung gestellt werde.

Präsident von Karamel nimmt dieser Auffassung zu und schlägt vor, daß, um der Versammlung Gelegenheit zu zeitlicher Überlegung zu geben, die Ausführungen der chilenischen und bolivianischen Delegierten gedruckt verteilt werden sollten. Die Entscheidung konnte dann in einer späteren Sitzung dieser Tagung erfolgen. Da sich kein Widerspruch in der Versammlung geltend machte, erklärte von Karamel den Antrag als angenommen. Damit ist der Zwischenfall vorläufig erledigt, der große Spannung hervorgerufen hatte, infolge der grundsätzlichen Bedeutung späterer Anwendbarkeit. Nach Annahme der vorläufigen Tagesordnung und Bestimmung des Aufgabengebets wurde die Sitzung gegen 12½ Uhr geschlossen. Nachmittags traten die ersten drei Kommissionen zusammen.

Die erste Kommission des Völkerverbundtagung

Die sich mit konstitutionellen Fragen zu befassen hat, hielt nachmittags unter dem Vorsitz von C. L. J. A. J. Italien ihre erste Sitzung ab. Das Völkerverbundtagungsbüro gab am Abend folgende Mitteilung über die Sitzung aus: Nach einer allgemeinen Diskussion über den Bericht, den der Ausschuß für Präzedenzfälle von dem Völkerverbund vorgelegt hat, und der verlesenen Tagungen im letzten Jahre vorgelesen, beschloß der Ausschuß die verlesenen in diesem Bericht behandelten Probleme unter verschiedenen Umständen zu verteidigen. Diese Unteransprüche werden vom Präsidenten entnommen, denen auf Vorladung Lord Balfour und Zahl-Dinamard beizuhören werden. Zahl hat sicher in tätiger Weise an allen Arbeiten des Ausschusses für Präzedenzfälle teilgenommen. Eine fünfte Unterkommission soll später ernannt werden, um über den Bericht des Ausschusses über die Änderung des Artikels 18 des Paktes zu beraten. - Endlich beschloß der Ausschuß den Antrag der argentinischen Delegation abzulehnen, wonach alle selbständigen Staaten auf ihr Verlangen in den Völkerverbund aufgenommen werden sollen, wobei der Ausschuß jedoch keine Sympathie für die idealen Beweggründe des Antrages anspricht.

Eine neue Abstimmung in Oberschlesien!

Der französische Berichterstatter über die Oberschlesienabstimmung des Völkerverbundes kann nicht genug nachdrücklich Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zwei Weltkriege zeigen deutlich die Wichtigkeit der Wünsche gewisser französischer Kreise. Die eine behauptet, daß im Völkerverbund die Errichtung eines unabhängigen Oberschlesiens unter der Kontrolle des Völkerverbundes nach dem Muster des Saargebietes erzwungen werde, die andere spricht von einer neuen Volksabstimmung, die man vornehmen will. Beide Meinungen hängen offenbar eng miteinander zusammen. Gewisse französische Kreise möchten Oberschlesien von Deutschland unter allen Umständen reißen, wenn es nun einmal nicht an Polen kommen kann. Diese Kreise wissen nicht, weshalb sie diesen Wunsch nicht in der Vergangenheit erfüllt werden würde, nicht ungern wissen. Demgegenüber muß mit aller Schärfe darauf hingewiesen werden, daß der Vertrag von Versailles eine solche Regelung nicht zuläßt. Mit einer sofortigen Rechtsprechung könnte sich Deutschland nie und nimmer einverstanden erklären.

Schwere Ausschreitungen in Speyer.

Wegen der mit Gewalttätigkeiten verbundenen Demonstration in der vorigen Woche, wobei das Regierungsgeschehen demoliert wurde, hat die Polizei neue Befehle erlassen. Die Arbeiter haben die Forderung der Besetzung verlangt und sind gestern vormittag in den Straßen erschienen. Um 11 Uhr versammelten sich die Regierungsgeschehen von der Menge der Arbeiter. Bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten fielen Schüsse. Ein Arbeiter wurde getötet, mehrere schwer verletzt.

Nach amtlicher Mitteilung wurden kürzlich in Speyer 3 Kommunisten als Haupttäter bei dem Sturm auf das Regierungsgeschehen und bei anderen Gewalttaten verhaftet, weshalb in gleichgearteten Arbeiterkreisen eine große Erregung entstand. Mittwoch vormittag erschienen Vertreter der linksdenkenden Parteien im Stadthaus beim Bürgermeister zu einer Besprechung, die in Gegenwart des Regierungspräsidenten stattfand. Während derselben wurde die Forderung im Pole mehrere Schüsse. Nach dem Beschlusse wurde geworfen, ohne jedoch Schaden anzurichten. Als die im Stadthaus untergebrachte Polizei etwa 60 bewaffnete in Besetzung erschien, verließen ihn die Arbeitervertreter. Vor dem Gebäude hatte sich eine Menge angesammelt, die den Bürgermeister, den Regierungspräsidenten und andere Beamte bedrohte und sie als Geiseln festhalten wollte, ein Vorhaben, das wegen der Abgabe der Schüsse und des Erscheins der Polizei nicht durchgeführt werden konnte.

Infolge der Vorgänge hat die französische Delegation die Polizeieigenen als Besetzung und eine Unterlegung

eingestellt. Jetzt herrscht Ruhe. In anderen wirtsch. Städten haben wegen der Kommunalverordnungen Besprechungen der Parteiparteien stattgefunden, deren Ergebnis noch nicht bekannt ist.

Die Wirtschaftsgliederung des Reichs.

Zu der von Münchener Blättern getragenen Forderung über einen in Verfassungsausschuss des Reichsverfassungsausschusses ausgearbeiteten Plan zur wirtschaftlichen Umgestaltung Deutschlands teilt der Verfassungsausschuss des vorläufigen Reichsverfassungsausschusses folgende Beschlüsse mit:

Der Verfassungsausschuss des Reichsverfassungsausschusses bedarf schon seit längerer Zeit die Frage des Aufbaues der Wirtschaftskräfte, wobei natürlich auch die geographische Abgrenzung diskutiert werden muß. Um eine Grundlage für diese Diskussion zu schaffen, hat der Ausschuss den Verfassungsausschuss für die wirtschaftliche Gliederung des Reichs, die nicht anders als die kartographische Darstellung des Hauptwirtschaftsgebietes bisher an den Verfassungsausschuss gelangten Materials. Eine Stellungnahme zu den eingegangenen Vorschlägen und Wünschen hat bisher weder im Verfassungsausschuss noch in seinem Unterausschuss stattgefunden, die eigentliche Diskussion, mit Vernehmung von Sachverständigen, hat bis zur Stunde noch nicht einmal begonnen. Das ist der ganze lächerliche Sachverhalt, so daß alle Bemerkungen, die von irgendeiner Seite an die bekannt gemordene Karte geknüpft worden sind, in vollem Umfang sinnlos sind.

Das bolschewistische Chaos.

Die Fugt der bolschewistischen Staatsangehörigen aus Sowjetrußland hält an. Angehts des Hungerlebens hat die Sowjetregierung aufgeführt der Auswanderung Schwierigkeiten zu bereiten, sie fördert die Jagd. Die Flüchtlinge befristet die Schwedensandwichen aus dem Hungergebiete. Es soll erwähnt sein, daß in den Hungergebieten neben spanischer Regierung der menschlichen Arbeitskraft für die kommunistischen Staatsbetriebe ein ausgebeuteter Menschenhandel betrieben wird. Insbesondere werden blonde Frauen und Mädchen gefischt, verkauft und gekauft, um nach Paris weiter verhandelt zu werden. Die Schulen sind fürkomptiert, Mädchen und Frauen, noch im Lebensalter stehend, verstoßt. Der Strom der Bolschewistikflüchtlinge wird ständig härter. Mit ihm gehen auch viele kommunistische Elemente nach dem Baltikum zurück, welche die baltischen Regierungen auf Grund der Friedensverträge die Aufnahme nicht verweigern können, zumal die Sowjetregierung in dieser Hinsicht auf die Baltischen Staaten noch einen Druck ausübt. Flammartig jagt die Sowjetregierung die kommunistische Bewegung im Baltikum zu härten.

Der Fall Angoras.

Die Einnahme der Kemalistenhauptstadt Angora durch die Griechen mag militärisch kein allzu großer Erfolg sein, politisch bedeutet er zweifellos einen wichtigen Schlag gegen den nationalistischen Nationalismus. Weltpolitisch gesehen, ist er ein Sieg der englischen Politik. Durch die Verbindung der Kemalisten mit den Bolschewisten hat für das britische Weltreich in seinen asiatischen Vorgebietern immerhin ein Zustand scheinbarer Gefahr vorhanden. In London ist man jetzt abermals einer Sache ledig. Die Britische Fremdenpolitik mit den Angoranerinnen dürften nunmehr kaum mehr als Papierkrieg haben. Auch für Deutschland liegt in diesen Ereignissen eine gewisse Lehre. Das Beispiel Kemal Paschas hat manchem deutschen Nationalisten bisher als vorbildlich erschienen. Aber die Abenteuerpolitik hat sich noch immer als kurzfristig erwiesen.

Die Reform der Gewerbehygiene.

Wie die „Dona“ an zutreffender Stelle erzählt, ist auf Grund des Beschlusses der Preussischen Landesversammlung vom 20. Februar 1920, neben den ledigen Gewerbeaufsichtsbearbeitern auch gewerblich vorkommende Ärzte als gleichberechtigte Mitarbeiter anzuerkennen, dem Preussischen Staatsministerium vom Ministerium für Volkswohlfahrt und dem Ministerium für Handel und Gewerbe ein Entwurf zur Annahme vorgelegt worden, der befragt, auf zur Unterfertigung der ledigen Gewerbeaufsichtsbearbeitern in allen gewerblichen Betrieben für das Gebiet des Reichsbesitzes Preußen 5 Gewerbeärzte angestellt werden. Die Gewerbeärzte, die unmittelbare Staatsbeamte sind und der Aufsicht des für

ihren Amtslosh zuständigen Regierungspräsidenten unterstehen, haben die gleichen Befugnisse wie die staatlichen Aufseherbeamten, die besonders helfen bei der Arbeit, jedoch unangewendet die ihrer Aufsicht unterstellten Betriebe zu beaufsichtigen. Die näheren Vorschriften über ihre dienstliche Stellung, ihre Befugnisse, ihre Obliegenheiten, ihre Amtseinführung, sowie die Vorschriften über die Amtsbezüge und dienstlichen Bedürfnisse der Gewerbeärzte werden vom Minister für Volkswohlfahrt im Einvernehmen mit dem Minister für Handel und Gewerbe bestimmt. Die Vorschriften über Vorbildung, Prüfung und Fortbildung der Gewerbeärzte erläßt der Minister für Volkswohlfahrt.

Durch die Annahme des Gesetzes sind die geforderten 5 Gewerbeärzstellen bereits bewilligt. Sobald der vorher fixierte Antrag des Preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt an das Ministerium für Handel und Gewerbe durch das Preussische Staatsministerium angenommen und veröffentlicht ist, werden die Gewerbeärzte ihre Tätigkeit aufnehmen.

Die englisch-irische Krise.

Das britische Kabinett tritt heute in Zworneth zusammen um die letzte Antwort des Valera an das Angebot der britischen Regierung zu erörtern. Der Valera zufolge wird auch Curzon wegen einer Unpäßlichkeit nicht an der Kabinettsitzung teilnehmen können.

Kaut Daily Chronicle ist die Stellung des Kabinetts klar. Verhandlungen könnten nicht stattfinden, bis die Sinnfeiner den Traum der Kostensenkung aufgegeben hätten. Das müßte ohne weitere Verzögerung geschehen. Der Ratenaustausch könnte nicht endlos weitergehen. Der Berichterstatter des Blattes meldet in den Kreisen des britischen Kabinetts herrsche eine sehr ernste Auffassung über die Note des Valera. Es werde für wahrscheinlich gehalten, daß ein neuer Versuch unternommen werde, in eine Konferenz mit den Sinnfeinern einzutreten, die praktischen Ergebnisse zeitigen könne.

Der politische Berichterstatter der Daily Mail meldet aus Zworneth, es werde den Sinnfeinführern eine kurze Spanne Zeit gewährt werden, in der sie eingehend erklären müßten, ob sie in eine Konferenz auf der in dem Angebot der britischen Regierung niedergelegten Grundlage einzutreten gewillt seien. Die Regierung werde bestimmt die gesamten Fragen dem Parlament unterbreiten, bevor sie die Verfassungspolitik in Irland wieder einführe. Sie würde es vielleicht sogar vorsehen, die Frage dem Senat zu unterbreiten. Es wird nicht von Neumeister im Bericht unter Verweis auf die Umstände keineswegs ausgeschlossen. Lord George habe aber immer noch die ernste Hoffnung, da es die Sinnfeiner jetzt die Gefahren einer weiteren Verzögerung erkennen würden.

Der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftsausschusses und der nationale Volkswirtschaft der Arbeiterpartei haben gestern in Cardiff in einer gemeinsamen Sitzung ein Telegramm an Lord George über die irische Krise beschlossen, in dem erklärt wird, es müßte jetzt neue Schritte getan werden. Die britische Regierung müßte die Vertreter des irischen Volkes zu einer Konferenz einladen. In der Entscheidung wird nachdrücklich erklärt, daß der Krieg mit den Sinnfeinern niemals die Genehmigung des britischen Volkes erhalten würde. Die Gewerkschaften und Arbeiterbewegung des Landes müßte auf Gewalt zurückgreifen, bis zum äußersten Widerstand leisten und auf der sofortigen Einberufung einer Friedenskonferenz bestehen.

Der Valera erklärte in einer Ansprache, die britischen Staatsmänner böten Irland zweiwöchige Wagnisse für Bitter an, gegen welche, daß Irland sie nicht annehmen dürfe. Er fuhr fort: Die irische Arbeiterschaft hat ein friedliches Verhalten. Wir haben ein gewichtiges und wünschenswertes Ziel. Aus diesem Grunde lehnen wir es ab, die Dinge anders zu sehen als sie sind. Der Friede kann niemals auf Vorpiegelungen gegründet werden. Hast uns jede Verletzung und Heuchelei vermeiden. Wenn England ein Ultimatum ergehen lassen will, läßt es ein Ultimatum sein. Kein Vorwand wird verhindern, daß die Gewalt als das erkannt wird was sie ist. Die natürlichen Kräfte gemeinsamer Interessen werden Irland und Großbritannien zu freiwilliger Zusammenarbeit gebracht haben, wenn die regierenden Staatsmänner nicht durch vorwärtliche Anklagen unüberwindliche Schranken gegen das Verstehen der Vorstände der britischen Regierung aufrecht erhalten hätten. Jeder Kampf ist die Gründung einer natürlichen Union. Jeder, der Großbritannien und Irland als Freunde zu sehen wünscht, wird beifand eingreifen.

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“, Freitag, 9. September. Inhalt: Gedächtnis mit Zeichnungen bunter Bienen. Roman von Fred Felix. — Geschichte von Oberst von Wittenerhille. — Witz. Von C. S. Baxid. — Dichterin. Von Egid Fietz. — Schwärze. Von Edl. Von Dr. Maria Wenz. — Filmfoto. Von Elisabeth Dill. — Literatur.

Der Tiefstapler.

Von Richard Nieß.

(Nachdruck verboten.)

Dochstapeln ist leicht.

Dochstapeln ist begehrenswert. Wenn immer der Strebende Vorwärt auf die Welt, die dem „Mächtigen“ gehört. Wenn läßt Doktor sich der Stäubelnde, Direktor der Kommis sich hennen, und viele, die „Waise“ noch nicht sind, lassen, dem Herrschenden getreu, durch „Kleber“ sich dazu machen. Hugo Hingogger, der Doktor Hugo Schnellbohrer, will von allem nichts wissen. Er läßt über Menschen, die ihren Fuß auf meterhohe Socken stellen, nicht ohne zuver herabzu von Millionen Geden aufsetzen zu haben. Er versteht nicht, daß Menschen die Gesträubelhaft dienende „Kleber“ über ihren Wohlstand hinaus in Anspruch nehmen, und all den Unannehmlichkeiten sich aussetzen, die sie in Entzerrung der Beschwellen, Umgang mit eleganten Schleiern ihresgleichen und dem nicht recht formbarbaren Kunstfertigkeit in Unterjüngungsgefängnissen zu finden sind.

Und doch: Jeder Mensch ist mehr oder minder unzufrieden mit der Quant, in die er hineingeworfen ist. Jeder glaubt, erst auf Unwegen zu sich selbst, zu seinem „hohen Ziel“ gelangen zu können. Wäre es Berichter für „Sozialisten“? Sie würden die besten „Sozialisten“ sein, wenn sie es ganz Ehrlich und „Wahrheit“ Jungfrauen vor, Orleans, Königinnen der Nacht und Waldhirsche gegen Einfluß und Anhängerschaft zu ein- oder mehrmaligen Gebrauche zu erleiden gibt, nicht aber Temperament, Stimmungen, Weltanschauungen und innere Größe — ganz zu Schweigen von Talent, Willen und Abseil der Bestimmung —, so über diese den Menschen und sein Welt auf das eigene mühsame

Die Uebergabe Westungarns.

Das Ungarische Rot-Blau meldet: Die Budapest Ver-treter der Ententekräfte haben im Auftrage der Pariser Konferenz den Minister des Äußeren eine Note überreicht, in der festgestellt wird, daß, obwohl die ungarische Regierung wiederholt erklärt habe, die aus dem Frieden von Trianon ent springenden Verpflichtungen einhalten zu wollen, ihr jetziges Verhalten in der westungarischen Frage leider keinen Zweifel über ihre Absichten gestattet, sich der Uebergabe Westungarns zu entziehen. Entgegen den Warnungen der Entente hätten die ungarischen Behörden gestattet, daß der frühere Ministerpräsident Friedrich Ulfényi, der sich an die Spitze der Bewegung gestellt habe, die sich gegen die Durchführung des Friedensvertrages richtete. Sie habe gebietet, daß er, sowie die Führer verschiedener irredentistischer Vereine und zahlreicher Offiziere und Zivilisten, die sämtlich in dem zu ubergabenden Gebiet fremd sind und über deren unmitzlerliche Absichten keine Zweifel möglich wären, sich in diese Komitate begaben. Auf Grund dieser Tatsachen würden die Vertreter der verbündeten Großmächte die ungarische Regierung mit Recht für alle Unruhen verantwortlich machen, die sich vor oder nach der Uebergabe Westungarns ereignen. Die Konferenzkonferenz ist sich dessen bewußt, daß es noch zahlreiche Fragen gibt, die nach der Durchführung der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages der Klärung bedürfen. Aber, solange die Bestimmungen nicht vollständig durchgeführt sind, ist die Vollstreckungskonferenz gezwungen, die Erörterung der von der ungarischen Regierung vorgelegten Wünsche abzulehnen. Die verbündeten Mächte drücken die Hoffnung aus, daß die ungarische Regierung, in Erkenntnis der schwierigen Umstände, insonde ne wird, mit der nötigen Entschlossenheit jederman zu genauen Durchführung des Vertrages zu zwingen, da sie überzeugt sind, daß die einzige wirksame Sicherung der Existenz der ungarischen Nation in der strengen Einhaltung der internationalen Verpflichtungen liegt. Die Ententevertreter folgten der Note folgende Bemerkung hinzu: Wir wären dankbar, wenn die ungarische Regierung dringend alle jene Maßnahmen durchzuführen würde, die notwendig sind, um die Uebergabe Westungarns wieder auszuführen und ohne Verzögerung durchzuführen, damit das Ubergabeprotokoll sofort nach der Uebergabe gemäß der ursprünglich festgesetzten Programm unterzeichnet werde.

Deutsches Reich.

In Verbindung mit dem türkischen Dynamitanschlag auf verschiedene Gebäude in Beausseingezirk wurden auf Veranstaltung der Staatsanwaltschaft mehrere Kommunisten verhaftet, die im dringenden Verdacht stehen, an dem Attentat beteiligt gewesen zu sein. Unter ihnen befindet sich die Kommunistin Frau Bahauer, früher braunschweigische Autarkministerin. Die Verhafteten sind verhaftet, an dem nächsten Ueberfall auf den Bahnhof Braunklage und auch an mehreren Raubüberfällen beteiligt gewesen zu sein.

Auslands-Rundschau.

Die englische Arbeitslosenbewegung. Die Blätter melden aus Dundee Ausschreitungen von Arbeitslosen, es seien zu Zahlenverhältnissen zwischen der Polizei und einer Menge von 5000 Personen, darunter zahlreiche Frauen, wobei von Seiten der Menge mit Steinen geworfen wurde. Die Polizei ging mit Knüppeln vor. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

Die polnische Regierung lanciert durch die Warschauer Presse eine Warnung an Moskau. Alle Blätter haben die Sabotierung des Rigaer Friedensvertrages durch die Sowjetregierung heroor. Die reguläre Regierung werde bewilligt gehindert.

Der König des Schicksals protestiert. Das Journal des Debaté“ meldet, daß der König von Schicksal der Bruder des Emir Feisal, an den Völkerrund einen Protest gegen die französische Verwaltung Syriens gerichtet habe. Schon in verschiedenen Berichten an den Generalstatthalter des Völkerrundes protestierte der König gegen das jetzige Regime in Syrien und Mesopotamien. Die Verbündeten, jedoch, den Völkerrund der alliierten Hauptmächte zu unterstützen zu deren Information.

nicht der beste Dierstift seine Spur davon gefunden hätte. Kaum hätte er den letzten Punkt gemacht, da klopfte es, und herein trat Bahauer, der wenig hatte, aber nach viel aufsch. Hugo hatte diese ihm damental entgegengelehnte Parze, und er fürchtete, daß Bahauer ein Unliegendes hätte, fassete der Millionäre so tief wie nur irgend möglich und fragte den Volk, ob er ihm nicht mit 11,25 M. ausbessern könnte? Er bekam das Geld und war überzeugt, daß es das letzte des Angepunkten war. Er nahm es auch dem gegenüber nicht als einer zu ergehen, der Erparnisse auf die hohe Kante legen könnte. — Als es Offensicht war, überlud er seinen Koffer mit Kartoffeln. So erließen er als einer, der die Ernährung, gleichsam nach schwerer körperlicher Arbeit, nötig hätte. Ein Arbeiter seines Standes hätte sich an Pfeffer-Beisetztes gehalten. Er nahm sein Essen mit hochgeputzten Armen ein und schmatzte und schmatzte wie ein Soßkoller.

Nach der Wahlzeit begab er sich in eine Kunstausstellung. Mit Gier wandte er sich von allen Bildern, deren beifällige Betrachtung Geismat bezaubert hätte. Wäre ihm nicht im letzten Augenblicke eingefallen, daß der edle Tiefstapler Kunst nicht genießt, wenn Deklamationen sie ihm schmachtig machen, denn hätte er abgesehen den letzten Schindens gerade schließ erhabend. So aber ging er lieber zu Schiffe, legte sich an den Stammschiff und hielt den Mund zu. Er wollte, als Freund Alfred sagte und spendete Beifall, zu fremd Artur das Gegenstück behauptete. Vertriebt stielte er fest, daß er nun beiden als Adiot ersehen würde. Als er sich dann erhob und einen Kippenhof von ungelähr erseht, sagte er „Dante schön!“ Er machte sich auf den Heimweg. In der Trambahn gab er dem Schaffner sein Trinkgeld. Im Gegenteil! Er fuhr „schwarz“.

Dahem erwartete ihn die Post. Sein erster Bild galt dem Formular, auf dem ein dem Rentant keine Einkünfte anzuzeigen sollte. Er legte ihm das Beisetztes, denn er selber zum fremden Menschen offenkundig mußte! Und er trieb sein Selbstvergnügen mit Tiefstapeln, denn er trieb es sich kaum zu der Hälfte des was bekannt, die im Ufer-treuer des Bankhauses Kurs & Kurs liegen, verachtet lag. Ein Hochstapler pflegt der Steuer gegenüber anders zu handeln. Ober nicht?